

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-
Lageblatt Riesa,
Germann Str. 22,
Postfach Nr. 52.

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft
Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa,
des Finanzamts Riesa und des Samtollamts Meißen beständig bestimmes Blatt

Postfachkonto:
Dresden 1688.
Verleger:
Riesa Nr. 52.

Nr. 206.

Sonnabend, 8. September 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzug- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Elben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustschlag, feste Tarife. Bewilligte Werbung erfolgt, wenn der Betrag vorläufig durch die Redaktion eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontokorrent gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegerunternehmungen — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Zu Grabe getragen.

Es hat sehr lange gedauert, aber nun scheint es wirklich Tatsache geworden zu sein: in Genf hat man sich über das schwerwiegende Problem der Abrüstung anscheinend geeinigt. Geht es in der Erkenntnis dahin, daß man sich über diese Fragen wohl niemals einig wird. Diese Stimmung ist zur Zeit in Genf bestimmend. So bestimmend, daß man in den Kreisen der Verantwortlichen ernstlich den Gedanken erweckt, nach Möglichkeiten zu forschen, die die zweite Besetzung der vorbereitenden Abrüstungskommission in November irgendwelche Beschränkungen bündeln. Offenbar, weil man sich durchaus bewußt ist, daß das Ergebnis dieser zweiten Besetzung rein negativ d. h. ähnlich wie das blaue Ende der vor einigen Wochen abgeschlossene Seeabrüstungskonferenz der drei Mächte unter allen Umständen ausfallen wird. Aufeinander kennen die Herren in Genf die augenblickliche Stimmung in der Welt. Und so wissen sie auch, daß ein Fiasko der zweiten Besetzung der Abrüstungskommission, also ein Fiasko, das dem Ergebnis der Drei-Mächte-Konferenz ähnlich wäre, in der Weltöffentlichkeit eine Wirkung und einen Eindruck erzielen müßte, die sich nicht gerade schmeichelhaft für das Ansehen der berühmten Vertreter des Völkerbundes erweisen könnten. Insbesondere dürfte auch Herr Chamberlain fürchten, daß sich die Sowjets dennoch dazu entschließen könnten, die zweite Besetzung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf zu beschicken, um dort von neuem die so peinlichen Wahrheiten über die Abrüstungsform des Völkerbundes den Herren am grünen Tisch ins Gesicht zu schleudern. Um die Verlegenheit des Herrn Chamberlain richtig zu verstehen, muß man sich die trostlosen Meinungsunterschiede vergegenwärtigen, die sich bei der ersten Besetzung der Abrüstungskommission zwischen der englischen und französischen Delegation über dieses Problem aufgetan haben. Meinungsverschiedenheiten, die auch heute noch in derselben trostlosen Überbrückbarkeit bestehen wie damals. Erinnert man sich an die Zeit, mit der die englische Regierung anlässlich der Seeabrüstungskonferenz der drei Mächte das Verhandlungsthema zu verschleiern und schließlich auch wunschgemäß ad calendaria proceras zu verlagern vermochte, so kann man vielleicht die Unlust Chamberlains verstehen, bei der kommenden zweiten Besetzung der Abrüstungskommission die französische Verschiebungspolitik zu bekämpfen, all dem Herr Chamberlain in die gleiche Politik des Verdrängens während der Seeabrüstungskonferenz zu betreiben beliebt und der englische Vorwurf daher auf den Ankläger zurückfallen müßte. Aber schließlich wäre auch die Einwilligung Englands auf eine Vertagung der zweiten Besetzung der englischen Regierung im Augenblick nicht gerade angenehm. Würde doch diese Vertagung und diese neue westliche Verzögerung in der Aussprache über das Abrüstungsproblem die Verständigung, mit der längst Lord Cecil seinen Austritt aus dem Kabinett angekündigt, im höchsten Maße lähmlich machen. Das ist gewiß ein Punkt, der Chamberlain veranlassen könnte, noch etwas mit seiner Entscheidung über das Schicksal der zweiten Besetzung zu warten.

Dieser ganze Fragenkomplex wirft sich auf die Stimmung der Völkerbundsgewaltigen um so drückender aus, als immer näher die Stunde heranrückt, in der der Vertreter Deutschlands, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, seine angekündigte Rede in der Bunderversammlung über die Abrüstung wahrzunehmen gedenkt. Daß Herr Dr. Stresemann sich nicht scheuen wird, die Dinge beim rechten Namen zu nennen, dürfte den Herren des Völkerbundes, die das Temperament und die rhetorische Geschicklichkeit des deutschen Außenministers zur Genüge kennen, nicht verkümmert geblieben sein. Ebenfalls ist die Vermutung, daß eine energische und zielbewußte Rede Stresemanns über die Abrüstung angesichts der Stimmung in der Weltöffentlichkeit einen Widerhall finden könnte, der stärker als alles andere diese seltsame Politik des Völkerbundes zu kritisieren vermag. Aus allen diesen Beschränkungen, die in den Entente-Kreisen des Völkerbundes gebetet werden, läßt sich die Annahme herauslesen, daß, wenn auch von Seiten Chamberlains und Orlando der leidlichste Wunsch vorherrschte, die zweite Besetzung der Abrüstungskommission zu vertagen, man mit diesem Vertagungsbeschluss doch recht vorsichtig zu Werke gehen wird.

Im übrigen verhält sich der Völkerbundszustand auch weiterhin recht abwartend. Man hat schließlich eine neue "Parole" ausgegeben. Wie anderen Worten, man "macht in Optimismus". Geschieht sich recht zuverlässig und hoffnungsfreudig. Ob es aber unter dem Deckmantel der versammelten Journalisten und "Schlachtenbummler" viele geben wird, die sich von diesem offiziell und demonstrativ zur Schau getragenen Optimismus der Verantwortlichen täuschen lassen? Man braucht nur einen kurzen Blick in die deutsche Presse aller Parteirichtungen und auch schließlich in die des Auslandes zu werfen, um festzustellen, daß hier eine Stimmung vorherrscht, die gewiß nicht zuverlässig anzugreifen ist.

Unterredung Stresemanns mit Chamberlain.

Genf, 2. September. Reichsminister Dr. Stresemann hatte heute abend eine längere Unterredung mit dem englischen Minister des Auswärtigen, Sir Austen Chamberlain, die das ganze Gebiet der kühnsten politischen Fragen behandelte. Verschiedene Beisprachen zwischen den Vertretern der Völkerbundsmächte dürften sich anschließen. Das Abendessen, an dem gestern abend Reichsminister Dr. Stresemann zusammen mit Bouche, Paul Bourcet u. a. mit ihren Damen teilgenommen haben, trug übrigens anders lautenden Annahmen keinen politischen Charakter.

Frankfurter Tagung der Deutschen Industrie.

Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius.

Die Frankfurter Tagung der Deutschen Industrie, die den Höhepunkt des gestrigen Tages bildete, die groß angelegte programmatische Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius, in deren Mittelpunkt das Thema

„Qualitätsarbeit“

erörtert wurde. Er erinnerte daran, daß auch die Weltwirtschaftskonferenz in Genf davon gewarnt habe, sich zu sehr auf eine rückwärts gerichtete Betrachtungsweise einzulassen. In der Nachkriegszeit folge der Inhalt und das Tempo des Geschehens neuen Kräften, in denen sich die alten wirtschaftlichen Gesetze nur in kurz veränderter Form auswirkten. Niemals vor dem Kriege seien wirtschaftliche Krisen und wirtschaftlicher Wiederaufstieg so nahe aneinander gewesen, wie dies bei der letzten Konjunkturerückbildung Deutschlands zutage trat. Und wenn seit Stabilisierung der Währung da eine gewisse Konsolidierung eingetreten sei, so blieben doch noch genug wirtschaftliche Fragen, wie z. B. die weitere wirtschaftliche Entwicklung Australiens, die erst allmählich wieder in Erscheinung tretende Kaufkraft des nahen Ostens und die ungeklärte politische und wirtschaftliche Lage des fernen Ostens. Der wichtigste Sonderfaktor für Deutschland liege in der Reparationsverpflichtung. Während sich die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands vor dem Kriege im wesentlichen auf einer eigenen, den Volkserparnissen entnommenen Kapitalgrundlage abspielte, sei sie nunmehr in großem Umfang abhängig von der Bereitwilligkeit der Welt, Deutschland Kredite zur Verfügung zu stellen.

Dieser letzte wiederum nicht nur das Kapitalbedürfnis Deutschlands, sondern auch das Anlagebedürfnis der Weltgeber eine Rolle, wodurch sich für Deutschland eine Eigenständigkeit der Konjunktur ergebe, die auch während der nächsten Jahre noch gewisse Gefahren in sich birge. Durch Nehmen von draußen und Geben nach draußen den höchsten wirtschaftlichen Grad zu erzielen, müsse der maßgebende Gesichtspunkt deutscher Handelspolitik sein.

Eingehend vertrat der Minister den Standpunkt, daß der Auslandsmarkt auch während einer Inlandskonjunktur nicht benachteiligt werden dürfe. Insbesondere sollten auch Investitionen nur dort und insoweit erfolgen, wie durch sie im gegebenen Maße auch eine Gütererzeugung für den Auslandsmarkt erfolgen kann. Derselbe Gesichtspunkt gelte für Art und Gehalt des Produkts. Dieser Gedanke, daß die deutsche Wirtschaft vermöge ihrer Kapitalverflechtung mit dem Ausland im besonderen Maße darauf angewiesen ist, die Verbindung mit dem Weltmarkt zu suchen und sich von inneren und äußeren Hemmungen freizuhalten, die den ungeführten Kreislauf wirtschaftlicher Kräfte behindern, habe der Wirtschaftspolitik zu Grunde gelegen, die er, der Minister, im Anschluß an die Ergebnisse der Genfer Weltwirtschaftskonferenz in seiner Hamburger Rede skizziert.

Deutschland habe sich grundsätzlich auf das System der Beselignung der Eins- und Ausfuhrverbote eingestellt und sich bemüht, zu Weltbegünstigungsvorteilen auf breiter Tarifbasis zu gelangen. Durch den Abschluss des deutsch-französischen Handelsvertrages sei wieder ein Schritt in der Richtung verhängiger europäischer Handelspolitik getan, wenn auch der Inhalt des Vertrages gewiß nicht in allen seinen Teilen weder für uns noch für Frankreich befriedigend sei. Zwischen beiden Völkern ließen sich mehr als das Erreichte noch wesentliche psychologische Voraussetzungen. Der Vertrag mit Frankreich ist trotzdem zweifellos ein Fortschritt.

Die beschlossene Verminderung der Besatzungstruppen wird übrigens formell erst im Laufe der diesigen Tagung der deutschen Delegation zur Kenntnis gebracht werden. Das hat nicht die Bedeutung einer Vernachlässigung der Höflichkeitspflichten gegen Deutschland, sondern geht auf die Notwendigkeit zurück, zunächst die Vertragsmächte zu orientieren, die an der Belegung de facto nicht teilnehmen, aber auf Grund des Verlaufs des Vertrages an den Angelegenheiten der Belegung mit beteiligt sind.

Die bevorstehenden Völkerbundswahlen.

Genf. Die Präsidentschaft der Völkerbundsvollversammlung, die alljährlich bereits vor Beginn der Tagung gewöhnlich zu ziemlich bestimmten Kombinationen führt, ist gutem Vernehmen nach bisher noch ganz ungeklärt, da die ersten erörterten Vorschläge auf Widerstände personeller und formeller Natur gestoßen sind. Auch die Frage der Neuwahl der drei nichtständigen Ratsmitglieder befindet sich noch im Vorstadium; es ist aber sicher, daß für das ausscheidende nichtständige Ratsmitglied San Salvador wiederum ein lateinamerikanischer Staat gewählt werden wird. Ebenso steht das Ausschreiben der Tschekoslowakei fest. Die weiteren genannten Bewerber sind Belgien, Finnland, Portugal und Dänemark.

Abreise Briands nach Genf.

Genf. Der Minister des Auswärtigen Briand ist gestern abend 8 Uhr 55 Min. nach Genf abgereist.

schritt, denn er enthält die Weltbegünstigung und räumt auf breiter Front veritasmäßig gebundene Verabredungen der bisherigen Rolle ein. Zum Ideal der von der Weltwirtschaftskonferenz propagierten Handelsverträge schließt ihm nur noch die Sanftmütigkeit, die aber schließlich das Ergebnis, nicht der Beginn handelspolitischer Konsolidierung Europas sein wird. Deutschland und Frankreich haben sich jedenfalls mit dem Vertrag auf den Boden der Weltwirtschaftskonferenz gestellt, und die von allen Seiten befürchtete Isolierung Deutschlands nach der Weltwirtschaftskonferenz ist nicht eingetreten. Nun wird es an den anderen Ländern Europas sein, sich der Bewegung anzuschließen und auch dem politischen Ausgleich.

Der Minister erwähnte noch die guten Aussichten der Handelsvertragsverhandlungen mit der Tschechoslowakei und fügte hinzu, daß die Reichsregierung sich bei Fortschritt ihrer Politik aber auch stets der Gefahrenpunkte bewußt bleiben werde, die ihr durchaus bekannt seien. Beim Fortschreiten der vertraglichen Beziehungen würde das Bedarfsgebiet für den einzelnen Wirtschaftler naturgemäß erweitert. Damit würden auch für Europa Produktionsweisen benutzt, wie sie bisher nur in dem großen einheitlichen Wirtschaftsgebiet jenseits des Atlantischen Ozeans mit Erfolg angewendet werden konnten. Andererseits stelle die Möglichkeit gesteigerten Wettbewerbs auch an den einzelnen Betrieb und an die nationalen Wirtschaften im ganzen höhere Anforderungen.

Auf die Dauer können, so betonte der Minister, die Wirtschaften Europas nur dann ihre alte Höhe behalten, wenn sie sich auf die Erzeugung hochwertiger Qualitätswaren einstellen, denn es haben diejenigen Völker, die früher Europas Massenartikel abnahmen, vor und in erhöhtem Maße während des Krieges selbst gelernt, diese Waren herzustellen, wenn vielleicht auch noch in geringerer Qualität. Das, worin die Überlegenheit der großen europäischen Industrieländer weiterhin beruht, sind die für die Herstellung der Qualitätswaren erforderlichen Eigenschaften und Erfahrungen ihrer Bevölkerung, die sich trotz aller fortschreitenden Mechanisierung nicht innerhalb kurzer Zeiträume einholen lassen. Es sind dies die erfindertische Begabung, eine technisch-wissenschaftlich geschulte Mittelschicht und eine in Generationen entwickelte hochstehende Facharbeiterkraft.

Diesen Vorsprung europäischer Wirtschaften zu erhalten, ist eine gemeinsame Aufgabe aller an diesen Wirtschaften beteiligten Länder. Aber auch die großen, dem Reiche gehörenden Verkehrsanstalten der Bahn und Post müssen das Jhrige dazu beitragen, den Abfall des Qualitätsprodukts zu erleichtern. Und schließlich muß auch in der Verwaltung des Reichs, der Länder und Gemeinden, die schließlich mit der Wirtschaft in enger Fühlung arbeiten, der Qualitätsgrundsatz verwirklicht werden. Es wird der kommenden Verwaltungsreform zuwarde liegen, die von dem Gedanken getragen sein muß, nicht viel, aber erstklassige Regierungsarbeit zu leisten. Ziel der Verwaltungsreform muß es sein, durch sachliche Zusammenfassung und zweckmäßige Aufgabenverteilung die Güte der Verwaltung zu steigern, gleichzeitig aber ihre Lasten herabzusetzen. Die materielle Belastung der Wirtschaft soll an ein Mindestmaß zurückgeführt werden, und die Kapitalbildung muß in Deutschland erleichtert werden.

Verständigung in die Weltwirtschaft und Bildung eigenen Kapitals sind, so schloß der Minister, die beiden großen Aufgaben, die die deutsche Wirtschaftspolitik der nächsten Zukunft lösen muß. (Leb. Beifall.)

Dr. Stresemann über die belgische Verlautbarung.

Genf, 2. September. Zu der von der Belg. Telegram-Agentur über die Einlegung einer internationalen Enquete-Kommission veröffentlichten Verlautbarung gab der deutsche Minister des Auswärtigen einigen belgischen Pressevertretern folgende Erklärung ab. Ich bin von dem Communiqué auf das äußerste befremdet. Der mündliche Sachverhalt ist vor kurzer Zeit, nämlich am 19. August, in einem mit der belgischen Regierung vereinbarten Communiqué gleichzeitig in Brüssel und Berlin bekanntgegeben worden. Aus diesem Communiqué geht klar hervor, daß die belgische Regierung die Initiative ergriffen hat, indem sie in einer amtlichen Note die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung darauf lenkte, daß die belgische Regierung mit einer unparteiischen Untersuchung der deutsch-belgischen Streitfrage einverstanden sei. Die deutsche Regierung hat dieses Angebot selbstverständlich angenommen, ohne daß sie ihrerseits irgendwelche neuen Anträge oder Anregungen auf diesem Gebiet an die belgische Regierung gestellt hätte. Es ist deshalb unverständlich, daß in dem neuen belgischen Communiqué von einer deutscherseits angebotenen Ausdehnung auf andere von der belgischen Regierung nicht ins Auge gefaßten Fragen gesprochen und daß der deutschen Regierung dabei die Forderung der Anwendung eines gleichen Verfahrens gegenüber anderen Mächten unterstellt wird. Ich kann diese Behauptung des neuen belgischen Communiqués nur auf eine Verleumdung des wahren Sachverhalts durch das belgische Kabinett zurückführen.